

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schenkonto: Hannover 57613 | Der Abonnementspreis beträgt durch den Vorkauf oder durch die Post bezogen monatlich 10 M. M. — Post- und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht angenommen | Verantwortlich für den Inhalt: Kurt Schmidt, Böschung, Druck: H. Hansmann & Co., Böschung | Telefonnummern: 88, 89, 98 | Schenk-Konto: Essen . . . 24171 | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Böschung, Wiemelhauser Straße 39-42 | Telegramm: Überband Böschung

Die Gefahr von heute und von morgen.

Die Mark gestrichen, ebenso wie der Sommetrubel an der Börse nicht mehr notiert! So las man in einer Meldung aus Basel am 12. September. In wahnsinnigen Sprüngen hatte sich die völlige Entwertung der Mark vollzogen, am 25. August stand der Dollar auf 4,7, in der ersten Septemberwoche auf 80, am 12. September auf 110—120 Millionen, am 20. September wurde ein amtlicher Kurs von 150, im Freihandelskurs bis 200 Millionen gemeldet. Die Preise folgen in immer kürzerer Frist dem Dollar und längst ist es üblich, daß die Kaufleute aller Branchen nur unter Zugrundelegung ihrer Goldpfennigrechnung auch im Kleinhandel verkaufen und den Multiplikator täglich nach dem Dollarstand ändern. Am 20. September stellten wir an Preisen fest pro Pfund: Butter 91, Schmalz 50—60, Margarine 27, Öl 55, Schmierseife 22, Kernseife 60, Graupen 10, Salz 1, Mehl 10, Zucker 8, Reis 10, Grießmehl 12 Millionen Mark. Für ein Ei wurden 6—9 Millionen Mark gefordert, Kartoffeln kosteten 70000 bis 1 Million das Pfund. Pflanzen kosteten 3—4, grüne Bohnen 8—14, 1 Pfund Gurken 40 Millionen. So beträchtlich auch der Erfolg der Gewerkschaftsorganisation war, den sie mit dem Versuch der Wertbeständigmachung der Löhne erreichten: bei dieser Entwicklung müssen alle solchen Maßnahmen nur jammervolles Spielwerk bleiben.

Der Reichsindex zeigte bis zum 17. Sept. folgende Entwicklung:

1913/14 = 1	6. August	149 581
Durchschnitt Mai . . .	18. August	438 085
Durchschnitt Juni . . .	20. August	758 738
Durchschnitt Juli . . .	27. August	1 183 484
Durchschnitt August . . .	3. September	1 845 261
4. Juli	10. September	5 051 046
11. Juli	Steigerung gegen Vorm. 178,7%	
16. Juli	17. September	14 244 900
23. Juli	das ist eine Steigerung gegen die	
30. Juli	Vormoche von	182%

Der Großhandelsindex des Reichsamts stieg am 4.—11. September um 286% auf das 1151231fache des Friedensstandes, vom 11.—18. September betrug die Steigerung 202,8% auf das 36-millionenfache des Friedenspreises. Zwei Tage später war der Dollarstand und die Großhandelspreise aufs neue verdoppelt und kein Mensch kann sagen, wie die Entwicklung weiter geht, wohin sie geführt hat, wenn diese Zeilen den Kameraden im Druck vorliegen.

Die schmachvolle Schandwirtschaft einer bürgerlichen Regierung von „Fahmännern“ hat während des Ruhrkampfes alle Lehren des Weltkrieges, alle Mahnungen der Arbeiterbewegung in den Wind geschlagen. Wir nahmen den Kampf an der Ruhr auf, wiesen aber von vornherein darauf hin, daß er nicht erfolgreich zu führen sei, ohne ein sofortiges dauerndes Opfer des Besitzes zur Führung dieses Kampfes. Man hörte uns nicht, druckte Milliarden, Billionen von Banknoten, fabrizierte jede Steuer und verbiente Milliarden und Billionen am Ruhrkampf und seinen Folgen.

Eine Minute vor dem Ende raffte man sich denn zu Steuern auf, die an sich brutal genug waren, um wirksam der Finanznot und dem Preisverfall zu begegnen, wenn zugleich die gegenwärtig tiefste Ursache, die Geldentwertung, der Ruhrkonflikt, seinem Ende entgegen geführt worden wäre. 60—70 Billionen sollten die neuen Steuern bringen, nur um 20—30 Billionen war zeitweise die Reichsschuld höher als dieser erwartete Steuerbetrag. Aber dieser Betrag selbst wurde durch systematische Steuerabgabe geringer, Duende von 30 Billionen erforderte täglich der Ruhrkampf zur Bezahlung der gegangenen unproduktiv bleibenden im wichtigsten Industriegebiet des Landes (80 Billionen täglich erforderte die Erwerbslosenunterstützung) und so war auch diese Steuer weisse Salbe.

Wieder einmal gingen Sozialdemokraten in die Reichsregierung, wieder einmal rückten sie Ansehen und Popularität, um den Kaufkraft ihrer Vorgänger in der Reichsregierung auszuwitzen. Was sie jahrelang gefordert, was, vor einem Jahre erfüllt, vielleicht den Ruhrkonflikt vermeiden hätte, wurde nun schrittweise in Angriff genommen: Währungsreform, Sachwertbefreiung, Hand in Hand damit ging endlich eine vernünftige Politik zur Beendigung des Ruhrkampfes.

Walden Erfolg oder Mißerfolg diese Politik gehabt hat, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, kann im Augenblick der Niederschrift nicht gesagt werden. Ob Frankreich vernünftig genug ist, durch schnelle Verhandlung zu helfen, dem Chaos in Deutschland vorzugeben, ob es gelingt, die breiten Volksmassen vor der akuten Hungergefahr zu schützen, in diesem Augenblick wissen wir es nicht. Wir hoffen es.

Aber wenn wir dieses Glück haben, wenn es gelingt, rasch Frieden an der Ruhr und damit die Vorbedingung der Erhaltung unseres Landes, unserer Wirtschaft zu erreichen, wenn wir vor dem blutigen Hungertode bewahrt bleiben, dann kommen neue Gefahren. Das Kohlenmonopol ist um drei Monate verlängert, das Umstellungsgebot für die staatlichen Bergwerke ist so zugeschnitten, daß die Werke arbeiten können, ohne Kohlenmonopol. Eine Reihe anderer Momente spricht dafür, daß die Unternehmer sehr bald die Zeit für gekommen erachten, die Kohlegewerkschaft zu zerlegen.

Der Stinnesdirektor Minouge hat in einer Broschüre: „Deutschlands Not und Rettung“ keinen Zweifel über die Gefahren gelassen, die von dem „Wiederaufbauprogramm“ der Unternehmer der Arbeiterschaft drohen. Einige seiner Vorschläge sind gut, auch manches, was er über die Bureaunkrämer im Lande, die verschiedenen Sparmaßnahmen sagt, ist der Erwägung wert. Aber er will das „Kriegsgeheimnis der Zwangswirtschaft“ auf allen Gebieten wegwerfen.

„Die fabriktätig entstandenen Gesetze und Verordnungen müssen aufgehoben werden. Disziplin und Arbeitszeit, . . . Verlängerung der ungenügenden Arbeitszeit, sie sind eiserne Notwendigkeit und einzige Möglichkeit, uns vor dem vollendeten Untergang zu bewahren.“

Minouge rechnet einerseits mit großer Arbeitslosigkeit, andererseits will er alle möglichen Bauten einschränken und nur wirkliche Notstandsarbeiten ausführen, für die er auf billiges Material rechnet, insbesondere dann, wenn keine preislichen Hindernisse in Form von Syndikaten, Kartellen, Konventionen mehr bestehen.“

Wir glauben Herrn Minouge gern, daß er die Zwangssyndikate beseitigen möchte, aber glaubt er selbst daran, daß die Unternehmer auf ihre freiwilligen Syndikate verzichten? Ist es nicht töricht, daß das Aufheben der Gemeinwirtschaft in Kohle und Kali zu einer vollendeten Herrschaft der kapitalistischen Monopole über unser Land und Volk führen würde?

Wir kommen auf die Ausführungen von Minouge noch eingehend zurück. Die paar Sätze, die wir zitierten, zeigen schon die großen Zukunftsgefahren für die Arbeiterbewegung und rufen jeden Kameraden zu: **Schärfere deine Waffe, härtere deine Organisation für diese Kämpfe einer nahen Zukunft!**

Die Lohnverhandlungen

am 20. September führten zu keiner Vereinbarung. Ein Schiedsgericht vom 21. September (gegen die Stimmen der Arbeitnehmer) setzte in der Höhe von 185,7 Prozent fest, das ist für das Ruhrgebiet ein Gesamtdurchschnittslohn einschließlich Hausstands- und Kinderlohn von 160, für oberländische Steintohle von 120, für sächsischen Steintohle von 112, für die Rheinvereine des mitteldeutschen Braunkohlengebietes 103 Millionen Mark je Schicht. Nähere Mitteilungen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Kohlenpreise wurden infolge der Lohnerrhöhung zunächst am 14. September mit Wirkung vom 17. September erneuert erhöht. Der Preis für Ruhrsteintohle erhöhte sich durch Umrechnung einschließlich Steuer von 108 Mill. auf 621 240 000 M. pro Tonne. Davon sind 195 100 000 M. Steuer, so daß der Wert netto 426 140 000 M. verbleibt. Für Obersteintohle kam ein Verkaufspreis (einschließlich Steuer) von 438 320 000 M. in Frage. (Die Steuer beträgt hier 131 700 000 M., der Nettopreis also 306 620 000 M. pro Tonne.) Vom gleichen Tage ab werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Es folgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse, Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs, 1 Dollar 4,20 M., am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben.

Die Verkaufspreise für die Verbraucher betragen z. B. für eine Tonne Ruhrsteintohle 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Obersteintohle 19,81, in Niedersteintohle 23,28, Sachsen 27,59, Ibbenbüren 24,68 Goldmark ausmachen. Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne obersteintohle Steintohle auf 22,93 Goldmark, niedersächsische Ruhr 1 gewaschen (Fürstenstein) 27,14 Goldmark, sächsischer Steintohle auf 38,60 Goldmark, niedersächsischer Steintohle auf 42,48 Goldmark, Ruhrsteintohle 28,08 Goldmark und Ruhrsteintohle 37,21 Goldmark, Ruhr-Großsteintohle 41,01 Goldmark, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlensorte 14,58 Goldmark.

Nach Abzug der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer, des Heimstättenbeitrages und der Handelsprovision verbleiben den Händlern als reine Verkaufspreise: im Ruhrgebiet für eine Tonne Steintohle 19,26 Goldmark, in Obersteintohle für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 13,86 Goldmark, in Niedersteintohle für eine Tonne im Durchschnitt 17,86 Goldmark, in Sachsen für eine Tonne im Durchschnitt 20,80 Goldmark, in Ibbenbüren für eine Tonne im Durchschnitt 17,20 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostelbien für eine Tonne Braunkohlensorte 10,45 Goldmark.

Die Folge dieser Goldmarkrechnung werden Verhandlungen über Goldmarklöhne sein.

Verband, Union und Einheitsfront.

Die Union der Hand- und Kopparbeiter hat in den letzten Wochen zentral- und bezirksweise ihre Versuche fortgesetzt, unseren Verband zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen, zu den Lohnverhandlungen zugelassen zu werden oder eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband zu verlangen.

Am 3. September ging unserm Hauptvorstand von der Union ein Aufruf an die Angestellten- und Arbeiterorganisationen des Bergbaues zu, in dem zu einer Einheitsfront zum Kampf für den Friedensreallohn der Bergleute aufgerufen wurde. Für die Woche vom 3. bis 9. September wurde ein Schichtlohn von mindestens 15 Mill. M. als notwendig bezeichnet. Diese Forderung der Union wurde von der Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt, ohne daß die Forderung ihr bekannt war! Für die Woche vom 3. bis 9. September betrug der Schichtlohn im Ruhrgebiet durchschnittlich 15 Mill. M., der Durchschnittslohn der Gehilfenarbeiter mindestens 16 696 000 M. Daß die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung auch diese Lohnsteigerung rasch illusorisch machte, ist bekannt. Die Union, die am 4. September den Lohn von 15 Mill. M. als notwendig bezeichnete, hat aber kein Recht, diesen Lohn als „Spot- und Hoff-“ zu bezeichnen, wie sie es in einem späteren Schreiben tut. Gegen den schärfsten Widerstand der Unternehmer wurde für die Woche vom 10. bis 17. September eine Lohnerrhöhung für das Ruhrgebiet auf durchschnittlich 58 Mill. M. erreicht, der Durchschnittslohn der Bedingearbeiter mußte mindestens 62 218 000 M. betragen! Aber auch diese Lohnerrhöhung wurde durch die Preisentwertung rasch überholt.

Solange die Ruhraktion nicht beendet, solange nicht gleichzeitig eine Währungsreform durchgeführt ist, geht der Notstand, die Geldentwertung und die Preissteigerung unaufhaltsam weiter! Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann noch so radikal und erfolgreich sein: verdoppelt sie den Lohn, so steigt gleichzeitig die Notensumme, der Dollar und die Preise und drei Tage später ist das Geld wieder da. Hier kann neben wirtschaftlicher Mäßigkeit gegen Wucher und Spekulation nur die politische Aktion für Ruhrkampfbeendigung und Währungsreform helfen! Union, A.B.D. und Deutschnationale predigen aber fortgesetzt blindwütigen Kampf gegen die Franzosen. Spielen mit dem Gedanken eines Krieges gegen Frankreich. Eine Verständigung mit der Union ist deshalb vorläufig völlig unmöglich.

Während die Zentralleitung der Union ihre Zulassung zu den Lohnverhandlungen verlangt, will sie andererseits den Austritt der Verbände aus der Arbeitsgemeinschaft. Daß bei Erfüllung dieses Verlangens sofort eine neue wenn auch formlosere Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen usw. entstehen müßte, liegt auf der Hand.

In Zugau-Deisnitz schlug die Lokale Leitung der Union unserer Bezirksleitung eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband vor unter der Voraussetzung: Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, Bildung von Betriebsorganisationen und Neuwahl sämtlicher Funktionäre und Angehörten.

Wir haben in kritischen Zeiten immer den Ruf nach Einigung gehört. Wir sind zu jeder einseitigen Kampfführung mit anderen Verbänden bereit, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Kampfmethoden der Union, die bisher in der Mehrzahl der Fälle nur in zweckwidrigen Aktionen mit Gewaltanwendung bestanden, hindern aber solchen gemeinsamen Kampf und von einer Verschmelzung unseres Verbandes mit einer der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale Gehör jagenden Organisation kann

erst recht keine Rede sein. Unter Verband ist deshalb ebensowenig wie die anderen der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände in der Lage, dem Verlangen der Union zu entsprechen, solange sie an die Befehle und Methoden Moskaus gebunden ist.

Kampfstimmung der mitteldeutschen Bergherren.

Unsere Bezirksleitung schreibt uns: Die mitteldeutschen Grubenherren haben Kampfstimmung bekommen. Seit einiger Zeit mühen sie sich untereinander und mit den Bergarbeitern zu beweisen, daß die früheren „Her-in-Haus“-Manieren wieder zur Geltung gebracht werden müssen. Das äußert sich ganz besonders darin, daß sie den letzten Streik als willkommene Gelegenheit benutzen, mit dem großen Reinemachen zu beginnen. Wer sich als Funktionär seines Verbandes möglichst gemacht hat, liegt ohne viel Federlesens. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die Vertriebsräte, denen von Seiten der Betriebsleitungen die schändlichsten Schwierigkeiten bereitet werden. Ganz besonders auf den Werken der Hugo Stinnes, Riebeck Montanwerke, wird diese heftige Einrichtung der Betriebsverteilungen durch einen Strab an Geld der Werksorgane bekämpft. Durch ein Schreiben ist den Vertriebsräten mitgeteilt worden, daß sie sich ohne weiteres den Weisungen der Betriebsleitung zu fügen hätten.

Aber auch bei den Lohnverhandlungen lassen die Herren von einer Verhandlung zur anderen immer mehr erkennen, daß ihnen das Dreinehen der Gewerkschaften nicht mehr paßt. Von Verhandlung zu Verhandlung steigern sie den Druck ihrer Arbeiter gegen höhere Lohnzahlung mit der der Verbraucher irreführende Behauptung, daß die „maßlos“ hohen Löhne den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft herbeiführen. Ja, der Führer des mitteldeutschen Braunkohlensyndikates, Generaldirektor Pfatischke, erklärte sich zu dem starken Tone:

„Was geht das uns an, wie die Arbeiter mit ihren Löhnen auskommen, er: kommt die Wirtschaft, dann die Arbeiter.“

Das ist das getriebene Gerede von dem Hochhalten der deutschen Volkswirtschaft, bei dem die einen maßlos verdienen und die anderen ebenso maßlos hungern und verarmen. Darüber wird dem Kundigen längst die Augen aufgegangen, daß mit dem Schlagwort „Volkswirtschaft“, wenn es von dieser Seite angewandt wird, nur der tiefere Sinn der Juchst vor dem Arbeitertritt steckt. Die Arbeiter gehören auch zur Volkswirtschaft — sie sind ihr wertvollster Bestandteil!

Aber einen besonders merkwürdigen Klang bekommt die Phrase von der Erhaltung der Volkswirtschaft durch die großprecherische Trostung des deutschen Nationalen Reichstagsabgeordneten und Stinnes-Besammiten Leopold, der wegen der hohen Löhne sämtliche Stinnes-Riebeckwerke schließen will. Vor kurzem noch forderten die Herren Ueberichsen und jetzt geben sie zu unfaulartigen Betriebsleistungen über und drehen gar ihre Betriebe zu schließen. Das sind die fürsorglichen Führer der deutschen Volkswirtschaft, denen das Vorhandensein von Arbeitslosenherden ebenso gleichgültig ist wie der Umstand, daß im künftigen Winter die deutsche Bevölkerung freieren muß, weil der Preis im Herbst ist. Und die dann als Schuldige die „nimmerfertigen“ Verarbeiter hinstellen und auf sie die freierende Bevölkerung und die Regierung hegen.

In Wirklichkeit soll der bis zum Hungerkriege getriebene Widerstand gegen eine nur der äußersten Notwendigkeit entsprechende Lohnpolitik als Druckmittel auf die Regierung zur Herabgabe von Krediten dienen. Es hat keinen Zweck, es immer so hinzustellen, als seien allein die Löhne die Ursache der Teuerung; ein Umblick in gewissen Kreisen überzeugt zu Genüge, daß als fast alleinige Ursache nichts anderes als die schamlose Profitgiererei gewisser Monopol-Industrien und der Landwirtschaft in Frage kommt.

Freilich in Mitteldeutschland ist der Ruf von Stinnes und Ranner nicht ungehört geblieben. Mehrproduktion — verlängerte Arbeitszeit, das ist die Parole, deshalb der doppelte Druck auf die Regierung und die verbrauchende Bevölkerung, die Bergarbeiter zu williger Unterordnung zu zwingen. Die Regierung hat die Pflicht, ihre ganze Aufmerksamkeit auf dieses Treiben zu richten, um gegebenenfalls rücksichtslos die nötigen Zwangsmaßnahmen gegen die „Saboteure der Volkswirtschaft“ zu ergreifen. Der disziplinierte Mitarbeiter der Bergarbeiter ist in diesem Falle gewiß.

Aber worauf es den Bergherren zum Schluss ganz allein ankommt, das hat der Generaldirektor der Mansfeld u. G. Reinhold, der über etwa 20000 Arbeiter gebietet, im Eifer verraten. Herr Reinhold erklärte nämlich:

„Da die Gewerkschaften kein Verständnis für die wirtschaftliche Notlage hätten, würden in aller Kürze die Lohnverhandlungen nicht mehr mit den Gewerkschaften, sondern mit den Arbeitern der Betriebe selbst geführt werden.“

Das ist ehrlich, aber auch deutlich genug. Die mitteldeutschen Bergherren fürchten die Gewerkschaften und halten ihre Arbeiter für dumme genug, in ihnen willige Stützen im Streben nach höherem Profit und betrieblicher Kleinherrschaft zu finden.

Das heißt also, die Bergherren wollen die Gewerkschaften erledigen, weil sie dann hoffen, bei ihren Arbeitern das richtige Verständnis für niedrigere Löhne und verlängerte Arbeitszeit zu finden!

Die Herren werden sich irren. Sie mögen ihre Hoffnung nicht auf die letzten Ereignisse bauen. Sie mögen ihre Pläne werden die mitteldeutschen Bergarbeiter gerührt finden. Unter der Führung des Bergarbeiterverbandes werden sich die Bergarbeiter geschloffen zur Wehr setzen. Sie werden nun erst recht den letzten Mann zur Verfügung bringen, wo es ums Ganze geht, damit Stinnes und seine Gläubiger auf Granit betreten.

Nun erst recht werden die Bergarbeiter in ihren Organisationen die einzige Stütze sein! Bergarbeiter lernt, die Bergherren haben Euch klar gemacht, daß sie keine Gewalt so sehr fürchten als die Gewerkschaften! Im mitteldeutschen Bergbau darf es keinen Inorganisierten mehr geben.

Renegaten im Saarland.

Das neue Verbändchen, das Emil Becker gegen unseren Verband gegründet hat, will und will nicht vorwärts kommen. Alle Versuche, sich als Vertreter rein saarländischer Interessen aufzuspielen und die diese Franzosenfreundlichkeit zu leugnen, müssen im Verband selbstverständlich ergebnislos bleiben, da man hier die Entstehungsgeschichte des Verbändchens und seine Finanzierung zu genau kennt.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Leichsinn oder Verbrechen?

Wie der „Kompas“ mitteilt, brach auf der Zeche Stabbe...

Franzosenfreundliche polnische Bergarbeiter.

Die Sympathie der polnischen Arbeiter für die Franzosen...

Es gibt leider noch immer von europäischer Kultur verschont...

In den Augen dieser Polen sind es die Franzosen, welche...

Trotzdem muß gesagt werden, daß sich das Gros der Polen...

In Jdern haben am 10. September etwa 300 Polen von...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die Meinung der rheinischen Bergarbeiter.

Die Abänderung des § 13 Abs. 2 des Verbandsstatuts...

überall als ungenügend bezeichnet und die Organisationsleitung...

Die feuerlichen und anderen Finanzmaßnahmen der Regierung...

Die Organisationsleitung wurde weiter beauftragt, endlich mal...

zur Schaffung einer Industrieorganisation

Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme in allen...

In einer Teilkonferenz der beiden Bergarbeiterorganisationen...

Die am 26. August in Verrenrath tagende Vertrauensmänner-

Der gute gewerkschaftliche Geist in genannten Konferenzen...

Überall als ungenügend bezeichnet und die Organisationsleitung...

Die Postgebühren ab 20. September 1923.

Table with 4 columns: 1. Briefe, 2. Postkarten, 3. Drucksachen, 4. Geschäftspapiere, 5. Päckchen, 6. Zahlkarten.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche...

An unsere Verbandsmitglieder!

Die fortschreitende Geldentwertung zwingt uns, den Beitrag...

Das Abonnementsgeld beträgt ab 1. Oktober pro Monat...

Achtung! Bezirk Hattingen Achtung!

Den Kameraden zur Nachricht, daß die Sperre aufgehoben...

Botzoy II. Erklärung. Die Belästigung gegen den Kameraden...

Der Auswärtige braucht nur einen Blick in das Blättchen des...

Wie nennen die lokale bürgerliche Presse nicht so genau, um...

- Razi Weichardt - ermordet! Rosa Luxemburg - ermordet! Kurt Eisner - ermordet!

Arbeitet das Blättchen hier ganz nach kommunistischen Methoden...

Vom Kampfgebiet in Frankreich.

- Gesamte Gemeinden: 3256. Geflüchtete Bewohner: 2500728. Zerstreute Häuser: 789000.

Nach wenn diese Zahlen richtig wären: sind die deutschen Arbeiter...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Wilhelm Bannuch f.

Eine markante Gestalt aus der deutschen Arbeiterbewegung, Wilhelm Bannuch...

Er arbeitete viel für die Gewerkschaftspresse, wurde 1892 Redakteur...

Wiegig Jahre „Metallarbeiter-Zeitung“.

Am 15. September 1883 gründeten Grillenberger und Schenke in Nürnberg...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Auswanderung nach Amerika.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist gesetzlich beschränkt...

Die Bergbauunternehmer Amerikas sehen sich vor neuen Konflikten mit der Arbeiterklasse...